



**komba**  
gewerkschaft  
nordrhein-  
westfalen

komba nrw Norbertstraße 3 D-50670 Köln

An den  
Präsidenten  
des Landtages Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper, MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

z.Hd. Frau Eva Kiwitt  
Ausschusseksretariat (UA Personal)  
[gutachterdienst@landtag.nrw.de](mailto:gutachterdienst@landtag.nrw.de)  
Stichwort: **Personaletat 2021**

Sachbearbeiter/in:  
Bublies

Durchwahl:  
02 21/91 28 52-15

Unser Zeichen:  
2020/01489-bu

Norbertstraße 3  
D-50670 Köln  
Postfach 10 10 54  
50450 Köln

Telefon 02 21. 91 28 52-0  
Telefax 02 21. 91 28 52-5  
[info@komba-nrw.de](mailto:info@komba-nrw.de)  
[www.komba-nrw.de](http://www.komba-nrw.de)

Geschäftsbereich Recht

Köln, 23.10.2020

## **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/11100

Ihr Schreiben vom 07.10.2020  
Geschäftszeichen: II.A.1

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die komba gewerkschaft nrw bedankt sich für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zu dem o. g. Gesetz abgeben zu dürfen.

Inhaltlich beziehen wir uns auf die Ihnen auch vorliegende Stellungnahme des DBB NRW vom heutigen Tage (AZ: 25\_04\_27\_2021).

Darin wird zu Recht kritisiert, dass in dem Gesetzentwurf keine Mittel zur Verfügung gestellt werden, die erkennbar für eine Attraktivitätsoffensive zugunsten des öffentlichen Dienstes zur Verfügung stehen.

Fachgewerkschaft im  
**dbb beamtenbund**  
und **tarifunion**

BBBank eG  
IBAN DE47660908000009000119  
BIC GENODE61BBB

Sparkasse KölnBonn  
IBAN DE16370501980015502958  
BIC COLSDE33

Eine Attraktivitätsoffensive für die Gewinnung zukünftigen Personals und die Anerkennung der Leistungen des vorhandenen Personals ist nicht nur in der Landesverwaltung dringend nötig, sondern auch in den Kommunen des Landes Nordrhein Westfalen.

Auch wir sehen dringenden Handlungsbedarf, insbesondere bei den Themen:

- Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit
- Einführung von attraktiven Modellen für Arbeitszeitkonten
- Anhebung der Eingangssämter
- Abschaffung der Kostendämpfungspauschale
- Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie.

Wir organisieren auch zahlreiche Mitglieder bei Straßen.NRW. Künftig werden Aufgaben von Straßen.NRW auf die Autobahn GmbH des Bundes verlagert werden. Umfangreiche Aufgaben werden aber nach wie vor von Straßen.NRW zu erledigen sein. Wir haben Zweifel, ob in dem vorliegenden Gesetzentwurf hierfür eine auskömmliche Finanzierung ausgewiesen ist.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Hemsing  
Landesvorsitzender